

**Bundesministerium für
Verfassung, Reformen,
Deregulierung und Justiz****UNABHÄNGIG | TRANSPARENT | BÜRGERNAH****An das****Bundesministerium für
Verkehr, Innovation und Technologie****Mit E-Mail**

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Straßenverkehrsordnung 1960 geändert wird;
Begutachtung; Stellungnahme

Das Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz – Verfassungsdienst teilt mit, dass ihm der Inhalt des übermittelten Gesetzesentwurfes keinen Anlass zu grundsätzlichen Bemerkungen gibt.

Aus Gründen der einfacheren Nachvollziehbarkeit der Rechtsentwicklung sollte jedoch auch eine Inkrafttretensbestimmung aufgenommen werden, selbst wenn die Neuregelung mit Ablauf des Tages der Kundmachung im Bundesgesetzblatt in Kraft treten soll.

Zudem sollten aus Anlass des im Entwurf vorliegenden Vorhabens die nicht mehr aktuellen Ministerialbezeichnungen in § 97 Abs. 5a und § 105 Abs. 2 auch formell angepasst werden.

Diese Stellungnahme wird im Sinne der Entschließung des Nationalrates vom 6. Juli 1961 auch dem Präsidium des Nationalrates zur Kenntnis gebracht.

Wien, 18. April 2018

Für den Bundesminister:

Dr. Gerhard HESSE

Elektronisch gefertigt

VERFASSUNGSDIENST

Museumstraße 7
1070 Wien

E-Mail: Sektion.V@bmrvdj.gv.at

Sachbearbeiter:
MMMag. Dr. Franz KOPPENSTEINER
Tel.: +43 1 52152 302943
E-Mail:
Franz.KOPPENSTEINER@bmrvdj.gv.at

Ihr Zeichen/vom:
BMVIT-161.004/0001-IV/ST2/2018

